



Vorlage an den Landrat

betreffend Budget 2007

vom 12. September 2006

Gemäss § 32 des Finanzhaushaltsgesetzes¹ legt der Regierungsrat das Budget für das Haushaltsjahr 2007 vor. Dem Voranschlag ist der Finanzplan² für die Jahre 2007 – 2010 beigelegt.

Inhaltsverzeichnis

1	GESAMTWÜRDIGUNG DES BUDGETS 2007.....	3
2	RAHMENBEDINGUNGEN.....	4
2.1	VOLKSWIRTSCHAFTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN	4
2.2	FINANZLAGE DES BUNDES	4
2.3	FINANZLAGE DER BASELBIETER GEMEINDEN.....	5
2.4	BESONDERE EINFLUSSFAKTOREN IM BUDGET 2007	5
2.5	GENERELLE AUFGABENÜBERPRÜFUNG (GAP)	6
3	ÜBERBLICK ÜBER DEN STAATSHAUSHALT	8
3.1	LAUFENDE RECHNUNG UND INVESTITIONSRECHNUNG	8
3.2	FINANZKENNZAHLEN	10
3.3	VOLLSTELLENERHEBUNG	12
4	ANALYSE DES BUDGETS 2007	14
4.1	LAUFENDER AUFWAND NACH KONTOGRUPPEN.....	14
4.2	LAUFENDER ERTRAG NACH KONTOGRUPPEN	17
5	INTERKANTONALE ZUSAMMENARBEIT	20
5.1	UNIVERSITÄTS-KINDERSPITAL BEIDER BASEL	20
5.2	FACHHOCHSCHULE NORDWESTSCHWEIZ	21
5.3	UNIVERSITÄT BASEL	21
5.4	MOTORFAHRZEUGPRÜFSTATION BEIDER BASEL (MFP).....	22
5.5	LEISTUNGSAUSTAUSCH MIT BASEL-STADT	22
6	BEMERKUNGEN ZUR INVESTITIONSRECHNUNG	24
6.1	INVESTITIONSNIVEAU	24
6.2	INVESTITIONSBUDGET 2007	26

¹ SGS 310

² § 31 Finanzhaushaltsgesetz (SGS 310)

7	FINANZIERUNGSSALDO UND VERSCHULDUNG	28
8	FINANZPLAN 2007 – 2010	28
9	GEÄNDERTE LEISTUNGSaufTRÄGE	32
10	ANTRÄGE	33

Tabellenverzeichnis:

<i>Tabelle 1: Volkswirtschaftliche Kennzahlen.</i>	<i>4</i>
<i>Tabelle 2: Entlastungen durch GAP.</i>	<i>7</i>
<i>Tabelle 3: Übersicht über den Voranschlag 2007.</i>	<i>9</i>
<i>Tabelle 4: Definition Finanzkennzahlen.</i>	<i>10</i>
<i>Tabelle 5: Finanzkennzahlen.</i>	<i>11</i>
<i>Tabelle 6: Soll-Stellenplan.</i>	<i>12</i>
<i>Tabelle 7: Laufender Aufwand nach Kontogruppen.</i>	<i>14</i>
<i>Tabelle 8: Laufender Ertrag nach Kontogruppen.</i>	<i>17</i>
<i>Tabelle 9: Steuererträge gegliedert nach Arten.</i>	<i>18</i>
<i>Tabelle 10: Kennzahlen zum Leistungsaustausch mit Basel-Stadt.</i>	<i>23</i>
<i>Tabelle 11: Überblick über die wichtigsten Investitionsprojekte.</i>	<i>27</i>
<i>Tabelle 12: Prognose der wirtschaftlichen Eckdaten für die Finanzplanperiode.</i>	<i>28</i>
<i>Tabelle 13: Finanzplan 2007-2010.</i>	<i>30</i>

Abbildungsverzeichnis:

<i>Abbildung 1: Entwicklung von Brutto-, Nettoinvestitionen und Investitionsbeiträgen.</i>	<i>25</i>
<i>Abbildung 2: Investitionen im weiteren Sinne nach Bereichen für die Budgetjahre 2006/2007. .</i>	<i>25</i>

1 Gesamtwürdigung des Budgets 2007

Das Budget 2007 weist mit einem Defizit in der Laufenden Rechnung von 5.6 Mio. Franken wie im Vorjahr (1.3 Mio. Franken) eine rote Null auf. Damit ist die vom Regierungsrat u.a. auch mit der Generellen Aufgabenüberprüfung eingeschlagene Finanzpolitik von Erfolg gekrönt. Die Konsolidierung des Finanzhaushalts und damit die Phase des Haushaltsausgleichs wird mit dem Budget 2007 fortgesetzt. Das Budget 2007 ist auch regelkonform zur Defizitbremse, wie sie der Regierungsrat mit der Vorlage 2005/300 an den Landrat überwiesen hat.

Der Finanzplan 2006-2009 wies für das Jahr 2007 ein Defizit in der Laufenden Rechnung von 65 Mio. Franken auf. Es ist einerseits den grossen Anstrengungen aller Direktionen zu verdanken, dass der Haushaltsausgleich aufrechterhalten werden kann. Andererseits leistet der konjunkturelle Aufschwung einen Beitrag zum ausgeglichenen Budget.

Die Entlastungen aus der Generellen Aufgabenüberprüfung belaufen sich im Budget 2007 auf rund 23 Mio. Franken. Dank der Generellen Aufgabenüberprüfung konnte Spielraum geschaffen werden für zwei grosse neue Vorhaben: Die Steuergesetzrevision zur Entlastung von Familien und tiefen Einkommen und die gemeinsame Trägerschaft an der Universität Basel.

Es wird davon ausgegangen, dass sich das für das Jahr 2006 abzeichnende hohe Wirtschaftswachstum (Zunahme des Bruttoinlandprodukts von 2.7% real gegenüber 2005) im Jahr 2007 nicht fortsetzen wird. Für das Jahr 2007 wird gegenüber dem Vorjahr ein Wirtschaftswachstum von real 1.8% zugrunde gelegt. Der Staatshaushalt wächst auf der Aufwandseite mit 3.2%, auf der Ertragsseite mit 3.0%. Die Staatsquote nimmt damit um 0.5 Prozentpunkte zu. Dieser Anstieg der Staatsquote ist aber grösstenteils auf die stark ansteigenden Investitionsausgaben zurückzuführen.

Die Investitionsausgaben inkl. Investitionsbeiträge (in der Laufenden Rechnung) erreichen im Budget 2007 mit 300 Mio. Franken ein Rekordniveau. Die Investitionsausgaben im weiteren Sinne nehmen damit gegenüber dem Vorjahr um 35 Mio. Franken oder rund 13% zu. Die Ausgabensteigerung in der Investitionsrechnung von rund 34 Mio. Franken kann mit Einnahmen aus spezialfinanzierten Projekten (Neubau UKBB, H2) grösstenteils gedeckt werden, so dass die Nettoinvestitionen und damit der zukünftige Abschreibungsbedarf nur um rund 4 Mio. Franken zunehmen.

Der Finanzplan 2007 - 2010 zeigt vor allem für das Jahr 2008 eine beunruhigende Situation auf. Für das Jahr 2008 wird ein Defizit von 85 Mio. Franken prognostiziert. Der Finanzhaushalt erfährt massgebliche Mehrbelastungen durch die geplante zweite Teilrevision KVG, den Neuen Finanzausgleich zwischen Bund und Kantonen, durch die geplante Unternehmenssteuerreform und durch das Auslaufen des partiell verminderten Teuerungsausgleichs an das Personal. Vermutlich wird es trotz restriktivem Ausgabenverhalten nicht möglich sein, für das Jahr 2008 ein ausgeglichenes Budget zu präsentieren. Es ist aber absehbar, dass der Haushaltsausgleich auf mittelfristige Sicht gleichwohl hergestellt werden kann.

2 Rahmenbedingungen

2.1 Volkswirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die Schweizer Wirtschaft befindet sich im laufenden Jahr in einem Konjunkturober. Für das reale Bruttoinlandsprodukt ist mit einem Wachstum von 2.7% zu rechnen (2005:+1.9%). Zum Zeitpunkt der Budgetierung für 2006 hatten die Prognosen mit 1.9% deutlich tiefer gelegen. Kräftige Wachstumsimpulse gehen insbesondere von den Warenexporten aus, die sich seit Jahresbeginn ausserordentlich dynamisch entwickeln und von der stark expandierenden Inlandnachfrage.

Die günstigen konjunkturellen Rahmenbedingungen wirken sich im laufenden Jahr positiv auf den Arbeitsmarkt aus. Es wird eine gegenüber dem Vorjahr (2005: 3.8%) deutlich rückläufige Arbeitslosenquote von 3.3% erwartet. Für 2007 wird zwar vor dem Hintergrund etwas weniger günstiger weltwirtschaftlicher und monetärer Rahmenbedingungen mit einer Wachstumsverlangsamung auf 1.8% gerechnet. Trotzdem wird erwartet, dass sich der positive Trend am Arbeitsmarkt fortsetzt und die Arbeitslosenquote auf 3% sinken wird.

Die Nationalbank hat vor dem Hintergrund der verbesserten Wirtschaftsaussichten die in Aussicht gestellte Korrektur des seit langem expansiven geldpolitischen Kurses eingeleitet und seit Dezember 2005 das Zielband für den Dreimonats-Libor in drei Schritten um jeweils 0.25 Prozentpunkte angehoben. Der für das laufende Jahr zu erwartende Anstieg der Rendite der Bundesobligationen mit einer Laufzeit von 10 Jahren auf 2.6% (2005: 2.1%) ist der Beleg dafür, dass auch die langfristigen Zinsen spürbar anziehen.

Vor dem Hintergrund des geänderten geldpolitischen Kurses der Nationalbank ist mit weiterhin moderaten Teuerungsraten zu rechnen. Für den Jahresdurchschnitt 2006 wird von einer Teuerung (Konsumentenpreisindex) von 1.3% ausgegangen. Das Budget 2007 geht von den folgenden volkswirtschaftlichen Eckwerten aus (bei den Annahmen handelt es sich um Jahresdurchschnittswerte):

Tabelle 1: Volkswirtschaftliche Kennzahlen.

Veränderungen in %	2004	2005	2006	2007
Bruttoinlandsprodukt Schweiz, real	1.7	1.9	2.7	1.8
Bruttoinlandsprodukt Schweiz, nominell	2.5	2.4	3.8	2.6
Allg. Konsumentenpreisteuerung	0.8	1.0	1.3	1.0
Arbeitslosenquote	3.9	3.8	3.3	3.0
Kapitalmarktzins (Rendite Bundesobligationen 10 Jahre)	2.7	2.1	2.6	2.8

Quellen: Konjunkturprognoseinstitute/Bundesamt für Statistik

2.2 Finanzlage des Bundes

Der vom Bundesrat verabschiedete Voranschlag 2007, welcher erstmals unter den Vorgaben des neuen Rechnungsmodells erarbeitet wurde, sieht mit Einnahmen von 55.9 Mrd. Franken und Ausgaben von 55.0 Mrd. Franken ein Überschuss von 918 Mio. Franken vor. Auch in den Finanzplanjahren 2008 bis 2010 ist mit Überschüssen zwischen 0.7 bis 1.9 Mrd. Franken zu rechnen.

Auf der Einnahmenseite widerspiegelt sich die günstige konjunkturelle Entwicklung. Im Voranschlagsjahr wird mit einem Einnahmenwachstum von 7.3 Prozent gerechnet, für die Finanzplanjahre mit einem Wachstum von 5 Prozent. Allerdings wird das Einnahmenwachstum durch zwei Sonderfaktoren leicht überzeichnet: Ab dem Voranschlagsjahr führt die Einführung des neuen Rechnungsmodells (Übergang zu Bruttodarstellung des Haushalts) zu einer haushaltsneutralen Aufblähung von 800 Mio. Franken und im Finanzplan schlägt sich die auf 2009 vorgesehene Erhöhung der MWST für die IV mit 1.9 Mrd. Franken (2009) bzw. 2.6 Mrd. Franken (2010) nieder. Daneben werden auch die Erhöhung der LSWA (+100 Mio. Franken ab 2008), der Ausgleich der kalten Progression (-1 Mrd. Franken ab 2008) und die Auswirkung der Reform der Ehepaarbesteuerung (-0.7 Mrd. Franken ab 2010) berücksichtigt.

Der Voranschlag 2007 übertrifft alle Vorgaben der Schuldenbremse, da die maximal zulässigen Ausgaben klar unterschritten wurden. Der Bundesrat hat im Februar dieses Jahres eine Sparvorgabe von 300 Mio. Franken beschlossen, welche von allen Departementen umgesetzt wurde. Zusätzlich hat der Bundesrat entschieden alle ungebundenen Ausgaben im Voranschlag einer Kreditsperre von 1 Prozent zu unterstellen. Somit konnte der Haushalt um weitere 200 Mio. Franken entlastet werden. Für die Finanzplanjahre rechnet der Bundesrat mit ersten Ergebnissen der Aufgabenüberprüfung und hat eine Abbauvorgabe von 700 Mio. Franken (2008), 950 Mio. Franken (2009) und 1.2 Mrd. Franken (2010) beschlossen.

2.3 Finanzlage der Baselbieter Gemeinden

Die Einwohnergemeinden haben das Rechnungsjahr 2005 mit einem Überschuss in der Laufenden Rechnung von 10 Mio. Franken abgeschlossen. Die Selbstfinanzierung betrug 112 Mio. Franken und übertraf die Nettoinvestitionen um 30 Mio. Franken. Die Gemeinden konnten wie im Vorjahr Schulden abbauen. Die Pro-Kopf-Verschuldung für die mittel- und langfristigen Schulden beträgt weniger als 2000 Franken und kann als moderat bezeichnet werden. Das Investitionsniveau ist deutlich tiefer als 2001 und 2002 und ist auch unterdurchschnittlich gegenüber dem langjährigen Durchschnitt. Die Steuererträge der Gemeinden sind gegenüber dem Vorjahr nur geringfügig angestiegen, so dass der finanzielle Spielraum der Gemeinden eng bleibt, allerdings unter einer insgesamt guten Finanzlage. Massgebliche Mehraufwendungen resultieren in der Bildung mit 14 Mio. Franken, in der Sozialen Wohlfahrt (Sozialversicherung und Sozialhilfe) mit 9 Mio. Fr. und im Verkehr mit 4 Mio. Franken.

2.4 Besondere Einflussfaktoren im Budget 2007

Der Haushalt des Kantons Basel-Landschaft wird durch Faktoren beeinflusst, die von übergeordnetem Recht (Bundesrecht oder interkantonalem Recht) herrühren und kurzfristig nicht beeinflussbar sind. Der Saldo der Laufenden Rechnung verschlechtert sich gegenüber dem Vorjahresbudget aufgrund von nicht oder nur teilweise beeinflussbaren Faktoren um gesamthaft ca. 19 Mio. Franken. Nachfolgend sind die einzelnen Faktoren und ihre Auswirkungen auf den Saldo der Laufenden Rechnung 2007 in Mio. Franken aufgeführt³:

³ Positives Vorzeichen: Saldoverbesserung (Mehrertrag oder Minderaufwand).
Negatives Vorzeichen: Saldoverschlechterung (Minderertrag oder Mehraufwand).

Auswirkungen aus übergeordnetem Recht	-18.8
• davon Bundesrecht	-2.9
• Beiträge an AHV/IV	-4.6
• Beiträge an Ergänzungsleistungen der AHV/IV-Renten (netto) ⁴	-2.6
• Prämienverbilligung KVG (netto)	-0.8
• Nothilfekosten für abgewiesene Asylbewerber	+0.6
• Sockelbeiträge an Spitäler für Zusatzversicherte	+0.3
• Anteil an Bundessteuern (inkl. LSVA)	+4.3
• Anteil am Reingewinn der Schweizerischen Nationalbank	-0.1
• davon interkantonaies Recht	-15.9
• Gemeinsame Trägerschaft Universität Basel ⁵	-15.8
• Anschubfinanzierung ETH Institut für Systembiologie	-2.0
• Beitrag an FHNW	-0.7
• Beiträge an andere Hochschul-Konkordate	+0.2
• Beitrag an UKBB ⁶	-0.2
• Beiträge von und an Kantone im Rahmen interkantonalen Schulabkommens	+2.2
• Beiträge von und an Kantone im Rahmen des Spitalabkommens	+0.4

2.5 Generelle Aufgabenüberprüfung (GAP)

Das vorliegende Budget stellt das dritte Jahr der Wirkungsperiode der Generellen Aufgabenüberprüfung (GAP) dar, welche im Sommer 2005 vom Landrat verabschiedet worden ist. Im Budget 2007 sind insgesamt Entlastungen durch GAP-Massnahmen im Umfang von 22.7 Mio. Franken eingestellt. Dabei konnte das gemäss Gesamtpaket ursprünglich geplante Entlastungsvolumen für das Jahr 2007 von 50.6 Mio. Franken nicht vollumfänglich umgesetzt werden, da die Umsetzung einzelner Massnahmen entweder eine zeitliche Verzögerung erfahren oder aufgrund von neuen Erkenntnissen oder Entwicklungen nicht realisiert werden können. Es handelt sich dabei um folgende Massnahmen:

- Die Einführung der fallorientierten Abgeltung wie auch die Einführung von Globalbudgets in den Spitälern werden auf das Jahr 2008 umgesetzt werden. Eine Entlastung (im gesamten Spitalwesen) von 3 Mio. Franken wird frühestens im Jahr 2010 erzielt werden können.
- Auf die Entnahme aus dem Wohnbauförderungsfonds (2 Mio. Franken) wird definitiv verzichtet.
- Die geplanten Gebührenerhöhungen (3.7 Mio. Franken) bei den Bezirksschreibereien fällt weg. Gegenwärtig wird ein neues Gebührenmodell erarbeitet, welches die bestehenden Promillegebühren durch Aufwandgebühren ersetzt. Das neue Gebührenmodell führt zu einer Senkung der Gebührenerträge.

⁴ Ergänzungsleistungen abzüglich Beiträge vom Bund.

⁵ Gemäss Staatsvertrag betreffend gemeinsame Trägerschaft der Universität.

⁶ Bereinigt um Beitrag an Lehre und Forschung, der neu im Beitrag an die Universität enthalten ist.

- Die Prüfung der Neustrukturierung der Sekundarschulkreise (15 Mio. Franken) lässt sich kurzfristig nicht verwirklichen und beansprucht einen grösseren Zeitrahmen. Finanzielle Entlastungen werden erst in den kommenden Jahren erwartet.

Zusammen mit den bereits in den Vorjahren realisierten Entlastungen von 74.9 Mio. Franken beläuft sich das kumulierte Entlastungsvolumen nun auf 97.7 Mio. Franken. Die nachfolgende Tabelle 2 gibt einen Überblick über die Entlastungsbeiträge der einzelnen Direktionen.

Mit dem Budget 2007 ist das Projekt Generelle Aufgabenüberprüfung nun abgeschlossen. Die zwei Restanzen fallorientierte Abgeltung in Spitälern und Überprüfung Neustrukturierung Sekundarkreise werden weiter bearbeitet.

Tabelle 2: Entlastungen durch GAP.

	Bereits 2005 und 2006 realisierte Entlastungsmass- nahmen in Mio. Fr.	Im Budget 2007 enthaltene Massnahmen in Mio. Fr.	Entlastungen bis Budget 2007 ins- gesamt in Mio. Fr.
Gesamttotal	74.93	22.72	97.65
Allgemeine Verwaltung	0.18	0.00	0.18
Finanz- und Kirchendirektion ⁷	44.89	10.55	55.44
Volkswirtschafts- und Sanitätsdi- rektion	5.66	2.87	8.53
Bau- und Umweltschutzdirektion	10.34	4.28	14.61
Justiz-, Polizei- und Militärdirek- tion	9.19	4.77	13.96
Bildungs-, Kultur- und Sportdi- rektion	3.76	0.25	4.01
Gerichte	0.92	0.00	0.92

Im Rahmen der GAP kommt es zu einem Stellenabbau. Dabei ist für Mitarbeitende zwischen 50 und 60 Jahren eine Abfindung und für Mitarbeitende über 60 Jahren eine vorzeitige Pensionierung geplant. Zu diesen so genannten flankierenden Massnahmen ist eine separate Landratsvorlage "Flankierende Massnahmen bei Stellenabbau im Rahmen des Projektes Generelle Aufgabenüberprüfung (GAP)" vom Landrat verabschiedet worden⁸. Im vorliegenden Budget ist insgesamt ein Aufwand für flankierende Massnahmen von 2.8 Mio. Franken eingestellt. Zusammen mit dem bereits in den Vorjahren enthaltenen Aufwand von 6.5 Mio. Franken beläuft sich der kumulierte Aufwand für flankierende Massnahmen nun auf 9.3 Mio. Franken.

⁷ Die Entlastungsbeträge aus Querschnittsmassnahmen sind in den Entlastungen je Direktion enthalten bzw. nach Direktionen aufgeschlüsselt. Ausnahme: Der teilweise Verzicht auf den Teuerungsausgleich von je 8 Millionen Franken für die Budgets 2005, 2006 und 2007 ist jeweils voll im Entlastungsbetrag der Finanz- und Kirchendirektion enthalten.

⁸ LRV Nr. 2005-077.

3 Überblick über den Staatshaushalt

3.1 Laufende Rechnung und Investitionsrechnung

Mit einem Defizit von 5.6 Mio. Franken in der Laufenden Rechnung 2007 kann erneut ein praktisch ausgeglichenes Budget vorgelegt werden. Obwohl gegenüber dem Vorjahresbudget eine marginale Saldoverschlechterung von 4 Mio. Franken in Kauf genommen werden muss, wird mit dem vorliegenden Budget die Konsolidierung der Staatsfinanzen fortgesetzt. Die Budgetrichtlinien 2007 sind von einem Zielsaldo von 0 Mio. Franken ausgegangen. Trotz einer restriktiven Budgetierung konnte diese Zielsetzung nicht ganz erreicht werden. Die Ausgangslage für die Budgetierung 2007 war herausfordernd, da 32 Mio. Franken Ertragsausfälle infolge Revision des Steuergesetzes⁹ sowie die Finanzierung von neuen grossen Vorhaben, wie etwa die gemeinsame Trägerschaft der Universität Basel (15.8 Mio. Franken) im Budget aufgefangen werden mussten. Das erfreuliche Gesamtergebnis des vorliegenden Budgets konnte nur Dank grosser Anstrengungen aller Organisationseinheiten erreicht werden. Ein wesentlicher Beitrag zur roten Null entfällt auch auf die Generelle Aufgabenüberprüfung, welche sich im Budget 2007 mit einer Saldoverbesserung von fast 23 Mio. Franken niederschlägt.

Die folgende Übersicht zeigt, dass der *laufende Aufwand* mit 3.2% oder 81.0 Mio. Franken leicht stärker zunimmt als der *laufende Ertrag*, der um 76.6 Mio. Franken oder 3.0 % gegenüber dem Vorjahresbudget ansteigt.

⁹ Änderung des Steuergesetzes vom 7. Februar 1974; Steuerliche Entlastung von Familien und tiefen Einkommen sowie Umsetzung des BGE vom 27. Mai 2005 (Erhöhung Eigenmietwert und Aufhebung Mietkostenabzug); LRV 2006-108.

Tabelle 3: Übersicht über den Voranschlag 2007.

in Mio. Fr.	Rechnung 2005	% Ver. zu R 05	Budget 2006 inkl. NK	% Ver. zu B 06	Budget 2007
LAUFENDE RECHNUNG					
Aufwand	3'081.2	-17.4	2'544.3	3.2	2'625.2
Ertrag	3'113.3	-18.3	2'543.0	3.0	2'619.6
Saldo Laufende Rechnung	32.1	-104.0	-1.3	341.3	-5.6
INVESTITIONSRECHNUNG					
Ausgaben	216.6	-1.9	212.5	15.8	246.1
Einnahmen	59.1	69.9	100.3	29.6	130.0
Nettoinvestitionen	-157.6	-28.8	-112.2	3.5	-116.1
SELBSTFINANZIERUNG					
Saldo Laufende Rechnung	32.1	-104.0	-1.3	341.3	-5.6
Abschreibungen Verwaltungsverm.	357.6	-69.4	109.4	-6.9	101.8
Selbstfinanzierung	389.7	-72.3	108.1	-11.0	96.2
Selbstfinanzierung	389.7	-72.3	108.1	-11.0	96.2
Nettoinvestitionen	-157.6	-28.8	-112.2	3.5	-116.1
Finanzierungssaldo	232.1	-101.8	-4.1	-79.5	-19.9
Selbstfinanzierungsgrad (%)	247.3	-61.0	96.4	16.3	82.9

Aufgrund des leicht höheren Defizits in der Laufenden Rechnung und infolge der Verminderung der Abschreibungen des Verwaltungsvermögens sinkt die *Selbstfinanzierung* gegenüber dem Vorjahresbudget um 11% auf 96.2 Mio. Franken.

Mit Ausgaben von 246.1 Mio. Franken und Einnahmen von 130 Mio. Franken sind Nettoinvestitionen im Umfang von 116.1 Mio. Franken im Budget eingestellt. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies einen Anstieg von 3.9 Mio. Franken. Die für Wirtschaft und Gewerbe relevanten Bruttoinvestitionen, welche in die regionale Infrastruktur fliessen, nehmen gegenüber dem Vorjahr mit einem Zuwachs von 33.6 Mio. Fr. abermals stark zu (vgl. Kapitel 6.1).

Die Reduktion der Selbstfinanzierung bei gleichzeitiger Erhöhung der Nettoinvestitionen schlägt sich in einer Verminderung des Selbstfinanzierungsgrads auf 82.9 % nieder. Gemäss der Forderung des Landrates soll im mehrjährigen Durchschnitt der jeweiligen Finanzplanperiode ein Selbstfinanzierungsgrad von mindestens 75 % erreicht werden. Für die laufende Legislaturperiode beträgt der Durchschnitt des Selbstfinanzierungsgrades (unter Einbezug des vorliegenden Budgets) ca. 82% und liegt somit deutlich über der Mindestanforderung.

Die Neuverschuldung (Finanzierungssaldo) nimmt zu und beläuft sich auf -19.9 Mio. Franken. Unter Berücksichtigung von Budget 2006 und 2007 wird das Eigenkapital Ende 2007 voraussichtlich ca. 157 Mio. Franken betragen.

3.2 Finanzkennzahlen

Die Entwicklung des Staatshaushalts wird nachfolgend anhand ausgewählter Finanzkennzahlen (für die Definitionen vgl. nachfolgende Tabelle) beurteilt. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Kennzahlen, die sich auf das Volkseinkommen beziehen (Staats-, Steuer- und Investitionsquoten) für die Jahre 2005-2007 auf Prognosewerten des Volkseinkommens basieren, da der Bund noch keine Daten über das kantonale Volkseinkommen dieser Jahre publiziert hat.

Tabelle 4: Definition Finanzkennzahlen.

Staatsquote:	Konsolidierte Gesamtausgaben ¹⁰ in % des Volkseinkommens ¹¹
Steuerquote:	Allgemeine Steuern (Kontogruppe 40 minus 406) in % des Volkseinkommens.
Brutto-Investitionsquote:	Brutto-Investitionen in % des Volkseinkommens.
Netto-Investitionsquote:	Netto-Investitionen in % des Volkseinkommens.
Selbstfinanzierungsgrad:	Selbstfinanzierung in % der Nettoinvestitionen.
Neuverschuldungsgrad:	Finanzierungssaldo in % der Nettoinvestitionen.
Kapitaldienstanteil:	Passivzinsen und ordentliche Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen abzüglich Nettovermögensertrag ¹² in % des bereinigten Ertrags ¹³ .
Zinsbelastungsanteil:	Passivzinsen abzüglich Nettovermögensertrag in % des bereinigten Ertrags.
Investitionsanteil:	Eigene Investitionen (Investitionen in Sachgüter plus Eigene Investitionsbeiträge) in % des bereinigten Ertrags.
Transferanteil:	Transfers (Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung plus Entschädigungen an öffentliche Gemeinwesen, Eigene Laufende Beiträge, Eigene Investitionsbeiträge) in % der konsolidierten Gesamteinnahmen ¹⁴ .

Gegenüber dem Vorjahresbudget erhöht sich die **Staatsquote** um 0.5 Prozentpunkte. Das heisst, die konsolidierten Gesamtausgaben des Kantons steigen stärker als das Volkseinkommen. Bei der Interpretation dieser Kennzahl ist zu berücksichtigen, dass ein Teil des Zuwachses der konsolidierten Gesamtausgaben auf die stark gestiegenen Investitionsausgaben zurückzuführen ist.

Die **Steuerquote** bleibt unverändert. Das heisst, dass die Steuereinnahmen des Kantons (exkl. Verkehrssteuern) sich im Gleichmass mit dem Volkseinkommen entwickeln werden.

Infolge der starken Erhöhung der Investitionsausgaben (vgl. Kapitel 6.1) erhöht sich die **Bruttoinvestitionsquote** von 1.5 % auf 1.7 %. Die **Nettoinvestitionsquote** verbleibt auf dem Vorjahresniveau von 0.8%.

¹⁰ Aufwand Laufende Rechnung und Ausgaben Investitionsrechnung ohne Abschreibungen, durchlaufende Beiträge, Einlagen in Spezialfinanzierungen und Fonds, interne Verrechnungen.

¹¹ Das kantonale Volkseinkommen wird vom Bundesamt für Statistik (BFS) für alle Kantone ermittelt. Es ist die einzige Kennziffer der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, die auf Kantonsebene berechnet wird. Die aktuellste Angabe des BFS zum Baselpriester Volkseinkommen ist der provisorische Wert für das Jahr 2004. Die Zahlen für 2005 bis 2007 sind aufgrund der für diese Jahre angenommenen Wachstumsraten des kantonalen Volkseinkommens hochgerechnet. Die ausgewiesenen Quoten für diese Jahre werden ändern, sobald das definitive Volkseinkommen des BFS für 2004 und neue Wachstumsprognosen der BAK vorliegen.

¹² Vermögensertrag abzüglich Unterhaltsaufwand für Liegenschaften im Finanzvermögen.

¹³ Ertrag Laufende Rechnung abzüglich Durchlaufende Beiträge, Entnahmen aus Spezialfinanzierungen und Fonds sowie interne Verrechnungen.

¹⁴ Gesamteinnahmen abzüglich Durchlaufende Beiträge, Entnahmen aus Spezialfinanzierungen und Fonds, interne Verrechnungen, durchlaufende Investitionsbeiträge.

Tabelle 5: Finanzkennzahlen.

Finanzkennzahlen	2002	2003	2004	2005	2006	2007
	Rechnung	Rechnung	Rechnung	Rechnung verbucht	Budget	Budget
Staatsquote	16.8%	16.1%	16.9%	17.2%	17.3%	17.8%
Steuerquote	8.7%	8.9%	8.8%	10.4%	8.8%	8.8%
Brutto-Investitionsquote	1.3%	1.4%	1.4%	1.5%	1.5%	1.7%
Netto-Investitionsquote	1.0%	1.1%	1.1%	1.1%	0.8%	0.8%
Selbstfinanzierungsgrad	65.3%	51.6%	51.2%	247.3%	96.4%	82.9%
Neuverschuldungsgrad	34.7%	48.4%	48.8%	-147.3%	3.6%	17.1%
Kapitaldienstanteil	4.7%	4.4%	4.0%	3.1%	2.4%	2.1%
Zinsbelastungsanteil	-0.4%	-1.1%	-1.3%	-1.1%	-1.9%	-2.0%
Investitionsanteil	7.7%	9.0%	8.7%	7.4%	8.7%	9.9%
Transferanteil	43.9%	40.5%	41.6%	34.3%	40.8%	42.2%

Aufgrund der gegenüber dem Budget 2006 abnehmenden Selbstfinanzierung wird der **Neuverschuldungsgrad 2006** von 3.6% auf 17.1 % ansteigen. Das heisst, dass 2007 ca. 83 % der Investitionen ohne Neuverschuldung selbst finanziert werden können.

Der **Kapitaldienstanteil** verzeichnet eine Abnahme von 0.3 Prozentpunkten. Dies ist vor allem bedingt durch das Wachstum des bereinigten Ertrags sowie durch die Abnahme der ordentlichen Abschreibungen des Verwaltungsvermögens und die Passivzinsen.

Der **Zinsbelastungsanteil** ist weiterhin negativ, da der Nettovermögensertrag grösser bleiben wird als die Passivzinsen. Da die Bruttoinvestitionen proportional stärker ansteigen als der bereinigte Ertrag, resultiert beim **Investitionsanteil** 2007 eine Zunahme um 1.2 Prozentpunkte.

3.3 Vollstellenerhebung

Im Herbst 2004 führte der Regierungsrat einen Soll-Stellenplan ein. Der Soll-Stellenplan umfasst alle Stellen der kantonalen Verwaltung mit Ausnahme der vom Bund refinanzierten Stellen beim KIGA sowie der Stellen der Lehrpersonen. Der Soll-Stellenplan für das Jahr 2007 präsentiert sich wie folgt:

Tabelle 6: Soll-Stellenplan.

Organisationseinheiten	Sollstellenplan 2006	Geplante Vollstellen 2007	Stellenzunahme-/abnahme
Allgemeine Verwaltung	26.0	25.0	-1.0
Finanz- und Kirchendirektion	293.6	295.8	2.2
Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion (ohne refinanzierte Stellen KIGA)	3'029.7	3'048.2	18.5
Bau- und Umweltschuttdirektion	499.4	496.7	-2.7
Justiz-, Polizei- und Militärdirektion	972.0	965.0	-7.0
Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion*)	385.9	396.2	10.3
Gerichte	213.6	219.4	5.8
Total (Sollstellenplan)	5'420.2	5'446.3	26.1
Total (ohne Gerichte)	5'206.6	5'226.9	20.3
Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion (refinanzierte Stellen KIGA)	143.1	130.5	-12.6

*) ohne Lehrpersonen

Soll-Stellenplan

Der Soll-Stellenplan 2007 weist einen Zuwachs von 26.1 Stellen aus. Davon entfallen 5.8 Stellen auf die Gerichte und Strafverfolgungsbehörden. Die Gerichte und Strafverfolgungsbehörden sind ausserhalb des Einflussbereichs des Regierungsrates, da sie der Oberaufsicht des Parlamentes unterstehen.

Ohne Gerichte und Strafverfolgungsbehörden beträgt die Stellenzunahme 20.3 Vollstellen. Davon entfallen 18.5 Vollstellen auf den Spitalbereich infolge Umsetzung der 50-Stunden-Woche für Oberärzte (Arbeitsgesetz) sowie auf einen Ausbau gemäss GAP von 3 Vollstellen bei der Steuerverwaltung (refinanziert durch Mehrerträge bei den Steuern). Ohne diese Stellenaufstockungen mit gebundenem Charakter ist im Sollstellenplan gegenüber dem Vorjahr eine Plafo- nierung erreicht. Dies ist das Ergebnis einer sehr restriktiven Budgetierungspraxis.

Refinanzierte Stellen beim KIGA

Die vom Bund refinanzierten „KIGA-Stellen“ stehen in einem direkten Zusammenhang mit der Arbeitslosigkeit. Bei den arbeitsmarktlichen Abteilungen des KIGA ist gegenüber dem Vorjahr eine Abnahme des Personalbestandes von 12.6 Vollstellen budgetiert. Die arbeitsmarktlichen Abteilungen des KIGA erfüllen eine Bundesaufgabe, deren Vollzug der Bund an den Kanton Basel-Landschaft (via Leistungsauftrag) delegiert hat. Die betreffenden Stellen sind vollständig vom Bund refinanziert und belasten den Kantonshaushalt nicht.

Lehrpersonen

Die Vollstellen bei den Lehrpersonen werden aufgrund des Schuljahresbeginnes erst Ende September definitiv erhoben. Es sind folgende Tendenzen auf den einzelnen Schulstufen zu verzeichnen:

Sekundarstufe 1: Während auf der Sekundarstufe 1 eine stabile bis etwas rückläufige Klassenentwicklung zu verzeichnen ist, erhöht sich der Klassenbestand im Werkjahr.

Gymnasien/FMS: Wiederum ist eine Klassenzunahme zu vermelden. Der Startboom bei den FMS Klassen ist allerdings etwas abgeflaut. Durch die verschärften Aufnahmekriterien sollte nun ab dem 3. Jahrgang der Fluktuation in den bestehenden FMS Klassen Einhalt geboten werden. Neben dem Zusammenlegen von Parallelklassen werden auch Formen von Teilfusionen vorgenommen, um den Klassenschnitt möglichst hoch zu halten, ohne aber den Selektionsgedanken aufzugeben. Neben der Optimierung bei bestehenden Klassen wird auch bei den neu gebildeten Klassen wiederum ein verbesserter Klassenschnitt realisiert.

Berufsschulen: Insgesamt sind die Schüler- und Klassenzahlen etwas rückläufig, was zu einer entsprechenden Aufwandreduktion führt.

4 Analyse des Budgets 2007

4.1 Laufender Aufwand nach Kontogruppen

Die Entwicklung der einzelnen Aufwandskategorien im Vergleich mit dem Budget 2006 und der Rechnung 2005 ist aus der folgenden Tabelle ersichtlich.

Tabelle 7: Laufender Aufwand nach Kontogruppen.

in Mio. Fr.	Rechnung 2005	% Ver. zu R 05	Budget 2006	% Ver. zu B 06	Budget 2007
Aufwand Laufende Rechnung					
30 Personalaufwand	893.0	3.4	923.2	1.9	940.4
31 Sachaufwand	274.5	3.1	282.9	3.5	292.9
32 Passivzinsen	37.0	-1.7	36.3	-1.2	35.9
33 Abschreibungen	395.3	-65.2	137.7	-5.0	130.9
34 Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung	84.7	-2.7	82.4	5.5	87.0
35 Entschädigungen an öffentliche Gemeinwesen	110.9	-10.4	99.3	-1.7	97.7
36 Eigene Laufende Beiträge	784.8	8.7	853.3	8.2	923.4
37 Durchlaufende Beiträge	83.6	-1.9	82.0	-1.6	80.7
38 Einlagen in Spezialfinanzierungen und Fonds	392.1	-94.6	21.1	6.2	22.4
39 Interne Verrechnungen	25.4	3.1	26.2	-46.0	14.1
Gesamttotal Aufwand	3'081.2	-17.4	2'544.3	3.2	2'625.2

Im Vergleich zum Vorjahresbudget steigt der Gesamtaufwand um 81.0 Mio. Franken oder 3.2 % an. Die Zunahmen resultieren in den Kontengruppen Personalaufwand, Sachaufwand, Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung, Eigene Laufende Beiträge sowie Einlagen in Spezialfinanzierungen und Fonds. Bei den übrigen Kontogruppen nimmt der Aufwand ab.

Der **Personalaufwand (30)** verzeichnet gegenüber dem Vorjahresbudget einen Zuwachs von 17.3 Mio. Franken oder 1.8%. Darin enthalten ist die generelle Lohnanpassung (Teuerungsausgleich, 12.8 Mio. Franken), welche von einer Teuerung von 1.3% abzüglich des teilweisen Verzichts auf den Teuerungsausgleich (GAP) im Umfang von 0.5 Prozentpunkten ausgeht. Der gemäss Familienzulagengesetz per 2007 geplante Anschluss an die Ausgleichskasse schlägt sich im Personalaufwand mit einer Nettobelastung von 2 Mio. Franken nieder. Demgegenüber fällt der Aufwand für die vorzeitige Pensionierung (inkl. "Flankierende Massnahmen" GAP) um 1.6 Mio. Franken tiefer aus als im Vorjahr. Im Budget eingestellt sind auch der Erfahrungsstufenanstieg sowie der Stellenausbau, wie er in Kapitel 3.3 aufgezeigt ist.

Der **Sachaufwand (31)** nimmt um 10.0 Mio. Franken (3.5%) zu. Die stärkste Zunahme ist mit 5 Mio. Franken bei den Maschinen, Apparate, Instrumenten zu verzeichnen. Dies ist auf einen Wechsel der Verbuchungspraxis bei den Maschinen und Apparaturen in den Spitälern zurückzuführen. Bis 2006 wurden diese der Investitionsrechnung belastet, aktiviert und im gleichen Jahr in der Laufenden Rechnung ausserordentlich abgeschrieben. Dies führte zu einer Doppelbelastung von Laufender Rechnung und Investitionsrechnung. Mit dem Budget 2007 werden die Maschinen und Apparaturen der Spitalbetriebe neu in der Laufenden Rechnung beim Sachaufwand verbucht. Im Gegenzug entfallen die ausserordentlichen Abschreibungen im entsprechenden Umfang. Diese Verschiebung des Aufwandes aus der Kontengruppe 33 in die Kontengruppe 31 wirkt sich in der Laufenden Rechnung saldoneutral aus, führt hingegen zu einer Entlastung der Investitionsrechnung.

Des Weiteren ergeben sich nach Kontengruppen folgende grössere Veränderungen: Informatik (-3.1 Mio. Franken), medizinisches Verbrauchsmaterial (+2.5 Mio. Franken, zum grössten Teil durch Pflögetaxen und andere Erträge refinanziert), Berater, Gutachter, Experten (+1.6 Mio. Franken), übrige Dienstleistungen von Dritten (-1.0 Mio. Franken), Fahrzeug- Treibstoffe und Schmiermittel (1.5 Mio. Franken, refinanziert durch Treibstoffverkauf).

Unter Ausklammerung der buchhalterisch bedingten Zunahme sowie der refinanzierten Anteile beträgt der Zuwachs beim Sachaufwand ca. 2 Mio. Franken oder 0.7%. Diese Zuwachsrage liegt unterhalb der prognostizierten Jahreststeuerung von 1.3%.

Der Aufwand für **Passivzinsen (32)** nimmt um 0.4 Mio. Franken oder 1.2% ab.

Im Vergleich zum Vorjahresbudget fallen die **Abschreibungen (33)** um 6.8 Mio. Franken oder 5% tiefer aus. Der Praxiswechsel bei der Verbuchung der Maschinen und Apparaturen in den Spitalbetrieben führt zu einer Abnahme der ausserordentlichen Abschreibungen. Diese nehmen insgesamt um 5.2 Mio. Franken ab. Bei den ordentlichen Abschreibungen des Verwaltungsvermögens ist ebenfalls eine Abnahme von 2.4 Mio. Fr. zu verzeichnen. Die Abschreibungen auf dem Finanzvermögen übersteigen das Niveau des Vorjahres um 0.8 Mio. Franken.

Die **Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung (34)** liegen um 4.6 Mio. Fr. über dem Voranschlag 2006. Diese Erhöhung ist vorwiegend durch den ungebundenen Finanzausgleich an die Gemeinden bedingt, welcher aufgrund der steigenden Steuereinkommen gegenüber dem Vorjahresbudget um 4.3 Mio. Fr. zunimmt. Gemäss Finanzausgleichsgesetz fliessen 7% der Staatsteuererträge des Vorjahres in den Finanzausgleich (ungebundener Finanzausgleich sowie Ausgleichsfonds). Für die Einlage in den Ausgleichsfonds dürfen höchstens 0.5% der Staatssteuererträge verwendet werden. Der Regierungsrat bestimmt die Aufteilung. Wie im Vorjahr basiert die Budgetierung auf der Annahme, dass die Einlage in den Finanzausgleichsfonds 1 Mio. Franken betragen wird und die restlichen Mittel des Finanzausgleichs an die Gemeinden als ungebundener Finanzausgleich ausgeschüttet werden.

Die **Entschädigungen an öffentliche Gemeinwesen (35)** fallen um 1.6 Mio. Franken tiefer aus als im Voranschlag 2006. Die grösste Veränderung resultiert bei den Entschädigungen im Rahmen der Spitalabkommen mit Basel-Stadt und anderen Kantonen (-1.5 Mio. Franken).

Die **Eigenen Laufenden Beiträge (36)** nehmen um 70.1 Mio. Franken oder 8.2% zu. Eine namhafte Erhöhung resultiert aus dem Staatsvertrag zur gemeinsamen Trägerschaft der Universität Basel, der vom Landrat in diesem Herbst beraten wird (LRV 2006-179). Der Beitrag an

die Universität ist gemäss Staatsvertrag mit 127.5 Mio. Franken budgetiert, was gegenüber dem Vorjahr einer Zunahme von 24.1 Mio. Franken entspricht (vgl. auch Kapitel 5.3). Des Weiteren wird zur Finanzierung der Beiträge des Bundes gemäss Universitätsfördergesetz ein unverzinsliches Darlehen von 30 Mio. Franken gewährt. Dessen Auszahlung wird in der Kontengruppe 36 budgetiert, da das Darlehen einem à-fonds-perdu-Beitrag entspricht. Es ist geplant, das Darlehen über den Fonds für regionale Infrastrukturvorhaben zu finanzieren. Entsprechend sind 30 Mio. Franken in Kontogruppe 48 als Fondsentnahme (Ertrag) budgetiert, so dass die Gewährung des Darlehens den Saldo der Laufenden Rechnung nicht belastet.

Des Weiteren sind folgende grössere Änderungen gegenüber dem Vorjahresbudget auszuweisen:

- Beiträge an AHV/IV (+4.6 Mio. Franken), Beiträge an Ergänzungsleistungen AHV/IV (+3 Mio. Franken)
- Beiträge für Eingliederung Unterstützungsberechtigter Personen (+1 Mio. Franken)
- Investitionsbeiträge an Alters- und Pflegeheime (+3.5 Mio. Franken)
- Beitrag an das UKBB¹⁵ (-3.9 Mio. Franken)
- Wegfall des einmaligen Beitrages an das Projekt "Deep Heat Mining" (Geothermie) (-2.9 Mio. Franken)
- Investitionsbeiträge an Anlagen des Öffentlichen Verkehrs (+ 2.6 Mio. Franken)
- Abgeltungen und Beiträge im Bereich des Öffentlichen Verkehrs (+1.6 Mio. Franken)
- Anschubfinanzierung an das ETH-Institut für Systembiologie (+2.0 Mio. Franken)
- Beiträge an Löhne Lehrpersonen an Kindergärten und Primarschulen (+1.0 Mio. Franken)
- Beiträge an Heime und IV-Sonderschulen (+1.3 Mio. Franken)
- Beiträge an Einrichtungen für behinderte Erwachsene (1.9 Mio. Franken)
- Beiträge an Basel-Stadt im Bereich übrige Berufsschulen (-1.2 Mio. Franken)

Die **Durchlaufenden Beiträge (37)** nehmen gegenüber dem Vorjahr um 1.3 Mio. Franken leicht ab. Sie korrespondieren mit den **Durchlaufenden Erträgen (47)**.

Die **Einlagen in Spezialfinanzierungen (38)** nehmen insgesamt um 1.3 Mio. Franken zu. Diese Entwicklung ist durch folgende zwei Positionen begründet: Aufgrund des steigenden Verkehrssteueraufkommens werden höhere Erträge aus der befristeten Aufhebung des Verkehrssteuerrabatts (LRV 2006/34) als Einlage in den Fonds zur Finanzierung der H2 budgetiert (+2.3 Mio. Franken). Des Weiteren ist im Voranschlag 2007 keine Einlage in den Wirtschaftsförderungsfonds geplant (-1 Mio. Franken), da der Bestand des Wirtschaftsförderungsfonds per Ende 2005 20 Mio. Fr. betrug.

Der Aufwand für **interne Verrechnungen (39)** nimmt gegenüber dem Vorjahr um 12 Mio. Franken ab. Die Reduktion ist auf folgende buchungstechnische und strukturelle Veränderungen zurückzuführen:

- Vermehrte Verbuchung von internen Verrechnungen in der Betriebsbuchhaltung.
- Wegfall von internen Verrechnungen infolge Zusammenlegung der Rubriken bei den kantonalen Psychiatrischen Diensten.

¹⁵ Gemäss Staatsvertrag zur gemeinsamen Trägerschaft der Universität fällt der Globalbeitrag für klinische Lehre und Forschung an das UKBB weg und ist neu im Universitätsbeitrag enthalten.

- Wegfall von internen Verrechnungen infolge Transfers der Budgetwerte für die Rückerstattung aus Spitalabkommen aus der Rubrik Spitalabkommen und Beiträge in die Rubriken der Spitalbetriebe.

4.2 Laufender Ertrag nach Kontogruppen

Auf der Ertragsseite der Laufenden Rechnung weist das Budget 2007 ein Wachstum von 76.6 Mio. Franken oder 3.0% auf. Mit Ausnahme der Entgelte und der Durchlaufenden Beiträge nehmen die Erträge bei allen Kontengruppen zu.

Tabelle 8: Laufender Ertrag nach Kontogruppen.

in Mio. Fr.	Rechnung 2005	% Ver. zu R 04	Budget 2006	% Ver. zu B 05	Budget 2007
Erträge Laufende Rechnung					
40 Steuern	1'537.3	-11.6	1'358.5	3.3	1'403.8
41 Regalien und Konzessionen	430.1	-87.6	53.1	0.1	53.2
42 Vermögenserträge	68.0	21.2	82.5	3.9	85.8
43 Entgelte	452.7	-0.6	450.1	-0.3	449.0
44 Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung	109.7	18.1	129.6	3.3	133.9
45 Rückerstattungen von öffentlichen Gemeinwesen	60.1	8.0	65.0	4.0	67.6
46 Laufende Beiträge für eigene Rechnung	264.6	11.5	295.1	2.0	301.0
47 Durchlaufende Beiträge	83.4	-1.7	82.0	-1.6	80.7
48 Entnahmen aus Spezialfinanzierungen und Fonds	82.1	-98.7	1.1	2753.1	30.9
49 Interne Verrechnungen	25.2	3.2	26.0	26.0	13.9
Gesamttotal Einnahmen	3'113.3	-18.3	2'543.0	3.0	2'619.6

Die diesjährigen Schätzungen der **Steuern (40)** für das Budget 2007 beruhen auf Auswertungen aus dem NEST; der Umstieg aus dem bisherigen Veranlagungssystem Covela wurde damit auch auf der Ebene der Statistiken vollzogen. Für die Einschätzung der regionalen konjunkturellen Entwicklung sowie deren Auswirkungen auf Primäreinkommen und Einkommenssteuerertrag der Jahre 2006 und 2007 wurde zudem auf das durch die BAK Basel Economics entwickelte Finanzhaushaltsmodell für den Kanton Basel-Landschaft abgestellt.

Insgesamt wird ein Wachstum der Steueraufkommen um 45.3 Mio. Franken oder 3.3% veranschlagt.

Bei der **Einkommenssteuer der natürlichen Personen** wird ein Ertragswachstum von 11 Mio. Franken (1.3%) budgetiert. Die finanziellen Folgen der im September durch den Landrat zu behandelnden Vorlage zur steuerlichen Entlastung von Familien und tiefen Einkommen sowie zur Umsetzung des BGE vom 27. Mai 2005 (Erhöhung Eigenmietwert und Aufhebung Mietkostenabzug) sind mit den Beträgen gemäss der Landratsvorlage 2006-108 (Minderertrag von 32 Millionen Franken) berücksichtigt. Entsprechend der Empfehlung des Vorstands der Schweizerischen Steuerkonferenz (SSK) erfolgt die Einführung des neuen Lohnausweises auch im Kanton Basel-Landschaft per 2007, d.h. für die Deklaration des ab dem 1. Januar 2007 erzielten Lohnes ist nur noch der neue Lohnausweis zu verwenden. Es wird davon ausgegangen, dass aufgrund der Einführung des neuen Lohnausweises kein Mehrertrag resultiert.

Tabelle 9: Steuererträge gegliedert nach Arten.

Steuern in Mio. Fr.	Rechnung 2005	% Ver. zu R 04	Budget 2006	% Ver. zu B 05	Budget 2007
Einkommenssteuer nat. Personen	918.3	-6.0	863.0	1.3	874.0
Vermögenssteuer nat. Personen	150.5	-35.6	97.0	12.4	109.0
Grenzgänger, Nach- und Strafsteuern; Doppelbest.abkommen	39.6	-6.0	37.3	4.7	39.0
Ertragssteuer juristische Personen	213.5	-32.6	144.0	5.6	152.0
Kapitalsteuer juristische Personen	25.0	-38.7	15.3	2.6	15.7
Kirchensteuer jurist. Personen	11.9	-33.2	8.0	5.3	8.4
Steuer auf Kapitalabfind. 2./3. Säule	11.2	7.1	12.0	0.0	12.0
Grundstückgewinnsteuer	26.2	-4.4	25.0	12.0	28.0
Handänderungssteuer	29.9	-9.8	27.0	7.4	29.0
Erbschafts- und Schenkungssteuer	36.0	2.9	37.0	2.7	38.0
Verkehrssteuer	75.2	23.6	93.0	6.2	98.8
Gesamttotal Steuern	1537.3	-11.6	1'358.5	3.3	1'403.8

Aufgrund der erwarteten positiven Konjunktur- und Börsenentwicklung wird für 2007 mit einem Zuwachs bei der **Vermögenssteuer** gerechnet. Der hohe Zuwachs von 12 Mio. Franken resultiert auch aufgrund einer Neuschätzung des Budgetwerts für 2006, der zu tief ausgefallen ist.

Die anhaltend gute finanzielle Entwicklung der im Kanton Basel-Landschaft steuerpflichtigen Unternehmen dürfte zu einem weiteren deutlichen Anstieg bei der **Ertragssteuer** führen. Gegenüber dem Budgetwert 2006, der vermutlich etwas zu tief angesetzt ist, wird ein Wachstum von 8 Mio. Franken angenommen.

Bei der **Kapitalsteuer** wird für die kommenden Jahre mit einem weitgehend kontinuierlichen Anstieg des Ertrags gerechnet. Im Voranschlag 2007 wird eine Ertragszunahme von 0.4 Mio. Franken budgetiert.

Aufgrund der im ersten Semester 2006 festgestellten Wiederbelebung von Grundstücksgeschäften wird mit einer positiven Entwicklung bei der **Grundstücksgewinnsteuer** gerechnet (+3 Mio. Franken). Beim Ertrag der **Erbschafts- und Schenkungssteuer** wird ebenfalls von einem leichten Anstieg ausgegangen (+1 Mio. Franken). Der Ertrag von steuerpflichtigen Handänderungen wird in der Grössenordnung von Rechnung 2005 und Budget 2006 erwartet. Gegenüber dem Vorjahr ist die **Handänderungssteuer** mit einem Zuwachs von 2 Mio. Franken budgetiert.

Bei der **Verkehrssteuer** wird mit einem Zuwachs von 5.8 Mio. Franken gerechnet. Die befristete Aufhebung des Rabatts, über welche der Souverän am 24. September 2006 entscheiden wird, ist berücksichtigt.

Die budgetierten Erträge aus **Regalien und Konzessionen (41)** liegen auf dem Niveau des Vorjahres.

Die **Vermögenserträge (42)** zeigen eine Zunahme von 3.3 Mio. Franken (3.9%). Grössere Veränderungen gegenüber dem Vorjahresbudget lassen sich wie folgt ausweisen: Anteil am Reingewinn der BLKB (+1 Mio. Franken), Verzugszinsen Steuern (-1 Mio. Franken), Kontokorrentzinsen (+1 Mio. Franken), Ertrag aus treuhänderischem Liegenschaftsbesitz (+1 Mio. Franken).

Bei den Erträgen aus **Entgelten (43)** setzt sich das Wachstum der Vorjahre nicht fort. Gegenüber dem Budget 2006 nehmen die Entgelte um 1.1 Mio. Franken oder 0.3% ab. Es sind folgende Entwicklungen zu erwarten:

Durch die geplante Einführung von Aufwandgebühren ist ein Rückgang der Gebührenerträge bei den Bezirksschreiberein von 8.7 Mio. Franken zu verzeichnen (vgl. auch Dienststellenkommentar zu Rubriken 2450-55 der JPMD). Die Bussenerträge liegen um 2.2 Mio. Franken tiefer als im Vorjahresbudget. Bei den Verkehrsbussen entfallen die bereits im Jahr 2006 budgetierten Mehrerträge von 2.0 Mio. Franken aus der Einführung der Abschnittsgeschwindigkeitskontrollanlage (AGK) im Belchentunnel. Die Realisierung der AGK wird bis zur Umsetzung der neuen Finanz- und Aufgabenteilung¹⁶ (NFA) im Jahr 2008 verschoben. Bei den Entsorgungsgebühren wird ebenfalls eine Ertragsabnahme von 1.8 Mio. Franken budgetiert. Demgegenüber werden Mehrerträge aus dem Verkauf von Treibstoff im Umfang von 1.8 Mio. Franken erwartet. Die Erträge aus Pflege taxen nehmen um 6.5 Mio. Franken zu.

Die **Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung (44)** liegen um 4.3 Mio. Franken (3.3%) höher als im Vorjahr. Es handelt sich dabei um den Anteil an der direkten Bundessteuer.

Bei den **Rückerstattungen von öffentlichen Gemeinwesen (45)** wird mit einem Mehrertrag von 2.6 Mio. Franken (+4%) gerechnet. Gemäss Staatsvertrag zur gemeinsamen Trägerschaft der Universität Basel werden die Leistungen der basellandschaftlichen Spitäler für universitäre medizinische Lehre und Forschung abgegolten. Hierfür sind im Budget 3.2 Mio. Franken eingestellt. Des Weiteren sind in dieser Ertragskategorie folgende Entwicklungen zu erwähnen: Rückerstattung von Kantonen an Gymnasien (+1.5 Mio. Franken), Rückerstattung vom Kanton Solothurn im Rahmen des Spitalabkommens (-1.2 Mio. Franken), Rückerstattung vom Bund infolge der Schliessung des Zeughauses Liestal (-1.4 Mio. Franken).

¹⁶ Mit dem NFA erfolgt ein Wechsel der Nationalstrassen in die Zuständigkeit des Bundes.

Die **Laufenden Beiträge für eigene Rechnung (46)** verzeichnen eine Zunahme von 5.8 Mio. Franken (2.0%). Folgende grössere Veränderungen beeinflussen das Gesamtergebnis dieser Kontengruppe:

- Bundesbeiträge an die Prämienverbilligung KVP (-1.1 Mio. Franken)
- Beiträge der Gemeinden im Bereich Öffentlicher Verkehr (+2 Mio. Franken)
- "Abwassergebühren" (+3.2 Mio. Franken).

Die **Entnahmen aus Spezialfinanzierungen und Fonds (48)** fallen um insgesamt 29.8 Mio. Franken höher aus als im Vorjahr. Diese Erhöhung resultiert aus der Entnahme von 30 Mio. Fr. aus dem Fonds für regionale Infrastrukturvorhaben zur Finanzierung des Darlehens an die Universität gemäss neuem Staatsvertrag.

5 Interkantonale Zusammenarbeit

5.1 Universitäts-Kinderspital beider Basel

Das Budget 2007 des UKBB basiert auf einem stationären Leistungsvolumen von 41'000 Pflgetagen, was einer leichten Zunahme gegenüber dem Jahr 2005 entspricht. Die durchschnittlichen Erträge von Garanten werden um rund 10 Franken pro Pflgetag zunehmen. Dieser Mehrertrag wird den Trägerkantonen vollständig weitergegeben, da der dafür massgebende Bruttosatz von 1'400 Franken pro Pflgetag konstant bleibt. Die Beiträge der beiden Trägerkantone für den stationären Leistungseinkauf sind gegenüber 2005 um 459'000 Franken tiefer budgetiert.

Die ambulanten Erträge sind aufgrund von Mehrleistungen und der entfallenden Rückstellung für TARMED-Risiken um 1.9 Mio. Franken höher budgetiert als in der Jahresrechnung 2005. Die Beiträge für Lehre und Forschung werden nach einer detaillierten Erhebung im Herbst 2005 von 12.8 Mio. Franken auf 10.7 Mio. gekürzt, die Beiträge der Trägerkantone für übrige Leistungen werden von 8 Mio. Franken im Budget 2006 auf 7 Mio. Franken reduziert. Insgesamt ergeben sich somit Mindererträge von 1.9 Mio. Franken gegenüber der Jahresrechnung 2005.

Die Personalkosten nehmen von 66.5 auf 68.5 Mio. Franken zu. Der Hauptgrund hierfür sind die notwendigen Neueinstellungen aufgrund der Vorgaben im revidierten Arbeitsgesetz. Ausserdem wurde für die Jahre 2006 und 2007 ein Teuerungsausgleich gemäss Vorgaben des Kantons Basel-Stadt ins Budget aufgenommen.

Der Sachaufwand nimmt um 948'000 Franken gegenüber der Jahresrechnung 2005 zu. Dafür verantwortlich sind einerseits externe Konsilien (750'000 Franken) welche ab 2007 im medizinischen Bedarf ausgewiesen werden und andererseits die Auslagerung der Küche und des Personalrestaurants am Standort BS (560'000 Franken), welche neu in der Position Haushalt enthalten sind.

Unter dem Strich ergibt sich für das Jahr 2007 ein budgetiertes Betriebsergebnis von +734'000 Franken.

5.2 Fachhochschule Nordwestschweiz

Die Finanzierungsbeiträge der Trägerkantone an die FHNW sind im mehrjährigen Leistungsauftrag der Periode 2006-2008 von den Parlamenten festgelegt worden. Die Beiträge gelten als Vorgabe, innerhalb derer die FHNW zu budgetieren hat. Aufgrund der internen terminlichen Planung des Budgetierungsprozesses der FHNW liegt das Budget jeweils erst im letzten Quartal des Vorjahres vor. Über das Budget 2007 der FHNW können zum heutigen Zeitpunkt daher noch keine Aussagen gemacht werden. Im Frühjahr 2006 wurde von Vertretern der Trägerkantone und der FHNW ein Konzept für die Berichterstattung der FHNW an die Trägerkantone erarbeitet. Der Fachhochschulrat verabschiedet das FHNW-Budget jeweils im Dezember zuhanden der Trägerkantone.

Im laufenden Budget 2006 der FHNW wird ein Defizit in der Erfolgsrechnung von rund 9 Mio. Franken bei einem Gesamtaufwand von 317 Mio. Franken prognostiziert. Ziel der FHNW ist es, in den beiden Folgejahren das Defizit zu kompensieren. Der Fachhochschulrat definiert derzeit die Strategie und leitet die notwendigen Massnahmen ein, die die Umsetzung des Leistungsauftrags 2006-2008 sicherstellen und zu einem ausgeglichenen Budget führen. Der Halbjahresbericht 2006 der FHNW zeigt, dass die FHNW bei weiterhin rigorosem Kostenmanagement gute Chancen hat, unter dem für das erste Betriebsjahr budgetierten Defizit abzuschliessen.

5.3 Universität Basel

Mit der Vorlage über die gemeinsame Trägerschaft vom 27. Juni 2006 (2006/179) haben die Regierungen von Basel-Landschaft und Basel-Stadt ihren Parlamenten einen Staatsvertrag und einen Leistungsauftrag für die Universität Basel zur Genehmigung vorgelegt. Gemäss neuem Staatsvertrag beläuft sich der Beitrag des Kantons Basel-Landschaft an die Universität im Jahr 2007 auf 127.5 Mio. Franken, derjenige von Basel-Stadt auf 132.1 Mio. Franken. Der basellandschaftliche Beitrag, der neu auch anteilmässig die Leistungen der Spitäler für die Universität sowie eine Abgeltung der Gebäudemieten umfasst, wird im Budget der BKSD eingestellt. Die Veränderung für den Kanton gegenüber 2006 beläuft sich auf netto rund 15.8 Mio. Franken. Für eine detaillierte Darstellung der Finanzierung und der Finanzplanung der Universität in den Jahren 2007 bis 2009 sei auf die Vorlage 2006/179 verwiesen.

Der Universitätsrat legt auf dieser Basis bei einem Gesamtaufwand von 498 Mio. Franken und beim gegenwärtigen Planungsstand ein leicht defizitäres Budget 2007 vor (-1.1 Mio. Franken, Abweichung -0.2% vom Gesamtaufwand). Der Aufwand für die klinische Medizin beläuft sich dabei auf 79 Mio. Franken. Es wird ein Ausgleich beim effektiven Abschluss angestrebt, was aufgrund der Erfahrungen der letzten Jahre als realistisch erscheint. Mehreinnahmen gegenüber dem Budget 2006 werden, neben den erhöhten Beiträgen der Trägerkantone, aus der interkantonalen Universitätsvereinbarung (IUV, + 2.7 Mio. Franken), aus dem Beitrag des Bundes gemäss Universitätsförderungsgesetz (UFG; + 0.5 Mio. Franken), aus Drittmitteln (+ 1 Mio. Franken) sowie aus den Studiengebühren (+ 0.7 Mio. Franken) erwartet.

Das Budget der Universität bestimmen drei Entwicklungen, welche die Universität geprägt haben und die sich kontinuierlich verstärken. Zum ersten zeigen sich die Auswirkungen der Portfoliomassnahmen, deren schrittweise Umsetzung im Gang ist. Zum zweiten muss die Universität kurzfristig das anhaltende Wachstum mit den steigenden Studierendenzahlen, mit dem Auf- und Ausbau von Forschungsschwerpunkten und die damit einhergehenden Ausstattungs- und

Raumprobleme bewältigen. Schliesslich beeinflusst die mit dem Staatsvertrag angestrebte gemeinsame Trägerschaft der Universität die weiteren Entwicklungsperspektiven, da die Finanzierungsbeiträge für die nächsten Jahre vorgegeben sind. Die Profilbildung soll weiter vorangetrieben werden. Gemäss Leistungsauftrag sind dies die proaktive Verteidigung und Stärkung der Life Sciences, die verstärkte Schwerpunktbildung in den Geistes- und Sozialwissenschaften, die Verbesserung der Position in den Rechts- und Gesellschaftswissenschaften sowie die verstärkte organisatorische und funktionale Annäherung von thematisch benachbarten Fachbereichen.

5.4 Motorfahrzeugprüfstation beider Basel (MFP)

Die Motorfahrzeugprüfstation beider Basel (MFP) führt im Auftrag der beiden Kantone die gesetzlich vorgesehenen amtlichen Fahrzeug- und Führerprüfungen durch. Sie erhebt hierfür einheitliche und kostendeckende Gebühren, welche von den Regierungen Basel-Stadt und Basel-Landschaft festgelegt werden.

Das Budget 2007 der MFP rechnet mit einem Aufwand von 9.038 Mio. Franken (Budget 06 = 8.75 Mio. Franken) und mit einem Ertrag von 9.038 Mio. Franken (Budget 06 = 8.75 Mio. Franken). Die MFP rechnet somit mit einem ausgeglichenen Saldo im Budget 2007.

5.5 Leistungsaustausch mit Basel-Stadt

Baselland wendet 2007 rund 10% des budgetierten Haushalts auf für die Abgeltung von Leistungen, die im Kanton Basel-Stadt erbracht werden, oder für Beiträge an gemeinsame Aufgaben (z.B. Universität Basel).

Aufgrund der geplanten gemeinsamen Trägerschaft der Universität Basel hat sich bei den Transferströmen eine Umverteilung zu Gunsten der Nettoabgeltungen an Basel-Stadt und zu Lasten der Beiträge an gemeinsame Aufgaben mit Basel-Stadt ergeben.

Bei den **Nettoabgeltungen** handelt es sich um Leistungseinkäufe bzw. Leistungsverkäufe in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Volkswirtschaft/Umwelt, Kultur und Sicherheit. Die budgetierten Nettoabgeltungen für Leistungseinkäufe bzw. Leistungsverkäufe haben gegenüber dem Vorjahresbudget um 112.6 Mio. Franken oder 56.9% abgenommen. Diese Abnahme resultiert in den Bereichen Bildung (-104.8 Mio. Franken wovon Universitätsvertrag -103.4 Mio. Franken; Sonderschulung und Jugendhilfe -0.9 Mio. Franken; Lehrerbildungs- und Schulabkommen -0.3 Mio. Franken; Betreuung behinderter Erwachsener -0.1 Mio. Franken; Neukonzeption von Brückenangeboten +0.5 Mio. Franken; Handelsschule KV Basel -0.5 Mio. Franken; Studien- und Studentenberatung -0.1 Mio. Franken), Gesundheit (-6 Mio. Franken, wovon Rückerstattungen von der Universität Basel -3.2 Mio. Franken; Universitätsspital Basel -1.2 Mio. Franken; Augenspital Basel -0.1 Mio. Franken; Bürgerspital Chrischona +0.3 Mio. Franken; Regionales Schulabkommen für Aus- und Weiterbildung -2.3 Mio. Franken; Zuständigkeit für die Unterstützung Bedürftiger BL/BS +0.5 Mio. Franken). Die Ausgaben im Bereich Volkswirtschaft und Umwelt werden um 1.4 Mio. Franken sinken (Basler Verkehrsbetriebe +0.6 Mio. Franken; Basler Verkehrsbetriebe - Linie 6 Allschwil -1.5 Mio. Franken; Zusammenarbeit in Rheinschiffahrts- und

Hafenangelegenheiten -0.5 Mio. Franken). Im Bereich Sicherheit ist eine Abnahme der Nettoabgeltungen von 0.9 Mio. Franken (Einmietung UG Sissach) geplant.

Tabelle 10: Kennzahlen zum Leistungsaustausch mit Basel-Stadt.

	R2000	R2001	R2002	R2003	R2004	R2005	B2006	B2007
Nettoabgeltungen an BS	167	163	181	165	181	188	198	86
Beiträge an gemeinsame Aufgaben mit BS	48	53	55	56	61	59	24	178
Abgeltungen und Beiträge an gemeinsame Aufgaben mit BS	215	216	236	221	242	247	222	264
Aufwand Laufende Rechnung BL	2'221	2'211	2'434	2'272	2'429	2'468 ¹⁷	2'549	2'625
Abgeltungen und Beiträge in % des Laufenden Aufwandes	9.7	9.8	9.7	9.7	10.0	10.0	8.7	10.0
Investitionen in regionale Infrastrukturvorhaben	16	8	13	5	5	5	5	22.5

Die **Beiträge an gemeinsame Aufgaben** nehmen um 154.1 Mio. Franken zu. Rund 157.5 Mio. Franken resultieren aus dem neuen Universitätsvertrag, welcher vorsieht, dass die Universität neu als gemeinsame Trägerschaft mit Basel-Stadt geführt wird. Darin enthalten ist das zinslose Darlehen¹⁸ von 30 Mio. Franken. Im Bereich Gesundheit ist eine Abnahme von 4.1 Mio. Franken (Universitäts-Kinderspital beider Basel UKBB (Kinderspitalvertrag -3.9 Mio. Franken sowie Kontakt- und Anlaufstelle Basel -0.2 Mio. Franken), im Bereich Volkswirtschaft/Umwelt eine Zunahme von 0.3 Mio. Franken und im Bereich Sicherheit eine Zunahme von 0.4 Mio. Franken (Euro 08 +0.6 Mio. Franken) geplant.

Gegenüber dem Vorjahresbudget nehmen die Investitionen in regionale Infrastrukturvorhaben um 17.4 Mio. Franken zu (Neubau UKBB und Neubau für die Hochschule für Pädagogik und Sozialarbeit der FHNW; vgl. Kap. 6.1).

¹⁷ Aufwand der Laufenden Rechnung beim operativen Ergebnis.

¹⁸ Es handelt sich um eine einmalige Zahlung, welche keine nachhaltige Plafondserhöhung zur Folge hat. Ohne das Darlehen von 30 Mio. Franken würden sich die Abgeltungen und Beiträge an gemeinsame Aufgaben mit BS auf 234 Mio. Franken belaufen, was 8.9% des Aufwandes der Laufenden Rechnung entspricht.

6 Bemerkungen zur Investitionsrechnung

6.1 Investitionsniveau

Bei den Investitionsausgaben (=Bruttoinvestitionen) ist erneut eine massgebliche Erhöhung (+33.6 Mio. Franken) auf 246.1 Mio. Franken budgetiert. Demgegenüber steht auch ein Anstieg der Investitionseinnahmen in nahezu gleichem Umfang (+29.7 Mio. Franken) auf 130 Mio. Franken. Folglich bewegen sich die Nettoinvestitionen¹⁹ im Budget 2007 mit einem Zuwachs von ca. 4 Mio. Franken auf 116.1 Mio. Franken nur leicht über dem Vorjahresniveau. Diese Entwicklung widerspiegelt die Zielsetzung der Verstetigung der Nettoinvestitionen.

Die Erhöhung der Investitionseinnahmen ist u.a. bedingt durch die Erschliessung neuer Finanzierungsquellen. Nachdem bereits im Budget 2006 mit der H2 Pratteln-Liestal und dem UKBB-Neubau zwei vollständig spezialfinanzierte Projekte, enthalten sind, kommen im Budget 2007 zwei neue spezialfinanzierte Projekte hinzu: Neubau für die Hochschule für Pädagogik und Sozialarbeit der FHNW (ehemals HPSABB) und der Neubau des Kantonsspitals Bruderholz (KSB 2000 Plus).

Im Investitionsbudget 2007 sind die spezialfinanzierten Projekte wie folgt enthalten:

- H2 Pratteln-Liestal: Tranche 2007: 31 Mio. Fr., spezialfinanziert durch Mehrerträge aus der Aufhebung des Verkehrssteuerrabatts.
- UKBB Neubau: Tranche 2007: 15 Mio. Fr., spezialfinanziert aus dem Fonds zur Finanzierung von Projekten mit regionaler Bedeutung.
- Hochschule für Pädagogik und Sozialarbeit der FHNW: Tranche 2007: 7.4 Mio. Fr., spezialfinanziert aus dem Fonds zur Finanzierung von Projekten mit regionaler Bedeutung.
- Kantonsspital Bruderholz (KSB 2000 Plus): Tranche 2007: 2.5 Mio. Franken; teilweise spezialfinanziert aus dem Fonds zur Finanzierung Kantonsspital Bruderholz.

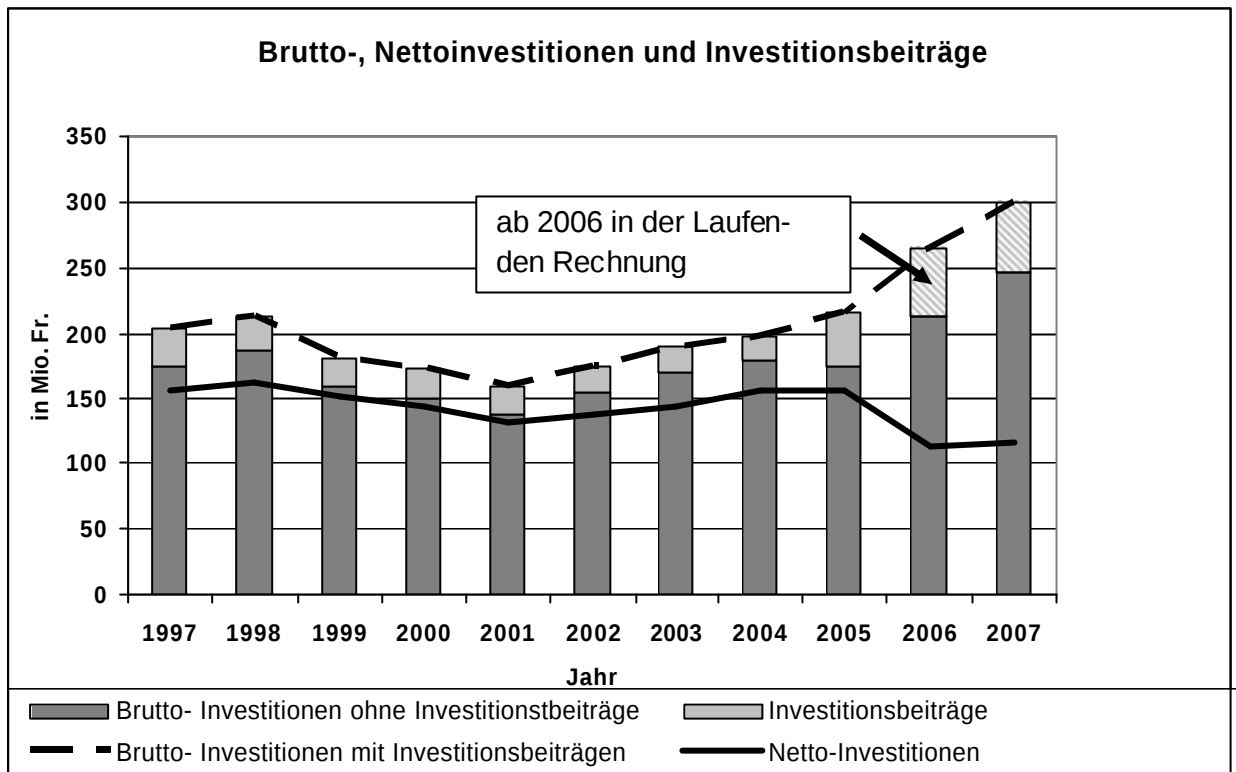
Diese spezialfinanzierten Projekte tangieren die Nettoinvestitionen nicht, da die Investitionsausgaben vollständig durch die spezialfinanzierten Investitionseinnahmen gedeckt sind.

Für Wirtschaft und Gewerbe massgebend sind die Bruttoinvestitionen sowie die Investitionsbeiträge (Investitionen im weiteren Sinne = Bruttoinvestitionen + Investitionsbeiträge). Die seit 2006 in der Laufenden Rechnung verbuchten Investitionsbeiträge haben gegenüber dem Vorjahresbudget um 2 Mio. Franken auf 53.5 Mio. Franken zugenommen. Zusammen mit den Bruttoinvestitionen von 246 Mio. Franken aus der Investitionsrechnung belaufen sich die Investitionen im weiteren Sinne auf einen Höchststand von ca. 300 Mio. Franken. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies eine weitere Zunahme von 35 Mio. Franken.

Die folgende Abbildung zeigt die Entwicklung der Brutto- und Nettoinvestitionen sowie der Investitionsbeiträge. Seit 2001 ist eine laufende Zunahme der Bruttoinvestitionen + Investitionsbeiträge festzustellen. Dabei ist es unerheblich, dass die Investitionsbeiträge in der Laufenden Rechnung budgetiert werden, denn sie fliessen, wie die in der Investitionsrechnung budgetierten Investitionsausgaben auch in den Ausbau der regionalen Infrastruktur.

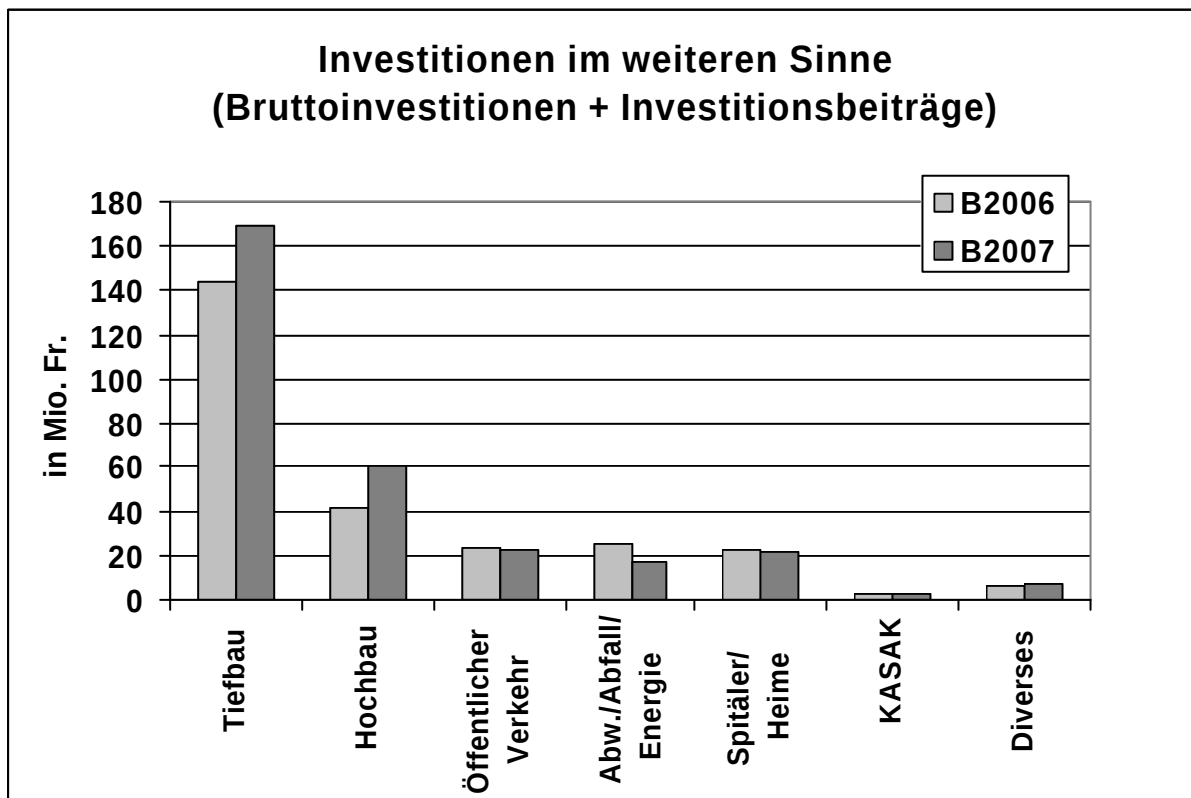
¹⁹ Die Nettoinvestitionen sind definiert als die Investitionsausgaben (Bruttoinvestitionen) minus die Investitionseinnahmen (z.B. Investitionsbeiträge vom Bund an bestimmte Projekte). Die Kennzahl "Nettoinvestitionen" stellt primär eine finanzpolitische Führungsgrösse dar, welche den zukünftigen Abschreibungsbedarf determiniert (aktiviert werden die Nettoinvestitionen).

Abbildung 1: Entwicklung von Brutto-, Nettoinvestitionen und Investitionsbeiträgen.



Die nachfolgende Grafik zeigt die Investitionen im weiteren Sinne aufgeteilt nach Bereichen für die Jahre 2006 und 2007.

Abbildung 2: Investitionen im weiteren Sinne nach Bereichen für die Budgetjahre 2006/2007.



6.2 Investitionsbudget 2007

Mit Ausgaben (Bruttoinvestitionen) von 246.1 Mio. Franken und Einnahmen von 130 Mio. Franken sind Nettoinvestitionen im Umfang von 116.1 Mio. Franken im Budget 2007 eingestellt.

Der Bereich Tiefbau macht bei den Bruttoinvestitionen im Budget 2007 mit 168.2 Mio. Franken oder 65.7% den Löwenanteil aus. Die grössten Projekte im Tiefbau im Jahr 2007 sind die H2 Pratteln - Liestal, die H2 Umfahrung Sissach, die Erneuerung der Nationalstrasse und verschiedene Erneuerungen von Kantonsstrassen. Der Bereich Hochbau ist im Budget 2007 mit Bruttoinvestitionen in der Höhe von 63.0 Mio. Franken eingestellt. Das entspricht 24.6% des gesamten Investitionsvolumens. Die bedeutendsten Projekte im Hochbau im Jahr 2007 sind der Ausbau des Staatsarchivs in Liestal, der Anteil des Kantons Basel-Landschaft am Neubau des UKBB in Basel, der Neu- und Umbau des Gymnasiums Oberwil (Mensa und Mediothek), der Neubau der Hochschule für Pädagogik und Sozialarbeit der FHNW und diverse bauliche Investitionen in den Baselbieter Spitälern. Im Bereich Abwasser / Abfall / Umweltschutz/ Energie betragen die Bruttoinvestitionen im Budget 2007 17.6 Mio. Franken. Das entspricht einem Anteil von 6.9%. Im Vordergrund stehen in diesem Bereich der Ausbau der ARA Birs 2 und die Mischwasserbehandlung der Region Birstal. Im Budget der JPMD sind 6.5 Mio. Franken oder 2.5% Bruttoinvestitionen im Budget 2007 für die Einführung des Sicherheitsfunknetzes Polycom eingeplant. Die VSD hat bei den Rheinhäfen 0.8 Mio. Franken für den Wasserbau für das Jahr 2007 eingestellt.

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die bedeutendsten Investitionsprojekte. Die Zahlenangaben stellen die Bruttoinvestitionen dar.

Tabelle 11: Überblick über die wichtigsten Investitionsprojekte.

Überblick über die bedeutendsten Investitionsprojekte (in Mio. Franken)									
Bereich	Projekt	Kredit	R05	B06	B07	F08	F09	F10	F11
Tiefbau	Erneuerungen Kantonsstrassen		10.3	9.0	15.0	15.0	15.0	15.0	15.0
	Ausbau Kantonsstrassen		6.6	5.7	9.0	9.0	9.0	9.0	9.0
	Erneuerungen kantonale Hochleistungsstrassen		1.6	2.7	12.3	13.5	9.0	11.0	12.0
	H2 Pratteln - Liestal *	248.0	2.0	15.0	31.0	45.0	40.0	40.0	16.0
	H18 Anschluss Aesch (Etappe 2)	20.0				10.0	10.0		
	Binningen Kronenplatz	9.1	0.1		0.3	4.0	4.2		
	Umfahrung Sissach (Chienbergtunnel)	274.2	27.2	29.0	15.0	1.0	3.0	3.0	2.0
	Allschwil Baselstrasse Erneuerung					3.0	3.0	3.0	3.0
	Salina Raurica Rheinstrasse					6.0	8.0	6.0	
	Radrouten Ausbauprogramm	47.0	0.7	0.5	0.5	2.0	2.0	2.0	2.0
	Allschwil Hochwasserschutz	7.1	0.2	2.2	3.0	2.8			
	Reigoldswil Hintere Frenke Hochwasserschutz				0.1	1.0	2.0	2.0	2.5
	Wasserbau Ausbau		0.8	2.5	2.0	2.1	1.7	1.7	2.0
Hochbau	Staatsarchiv Liestal Ausbau	15.4	3.0	6.3	5.4	0.2			
	KS Bruderholz KSB 2000 Plus *	342.0			2.5	6.2	19.0	55.0	60.0
	KS Bruderholz Sicherheitsmassnahmen Etappe 2	25.0		0.2	5.0	8.0	8.0	3.0	
	UKBB Basel Neubau (Anteil BL 1/2) *	74.7	0.4	5.0	15.0	25.0	27.0	2.0	
	Kantonsgericht Liestal Neubau	15.5				0.5	0.2	0.5	1.3
	Strafjustizzentrum Muttenz	44.5	0.03	0.5		1.5	3.0	8.0	16.0
	Übernahme Schulbauten Sekundarstufe 1	100.0				0.3	15.0	15.0	15.0
	HPSA-BB *	1.3		0.3	7.4	36.0	36.0	10.0	
	Um- und Ausbau von Gebäuden		2.2	4.0	4.2	5.0	5.0	10.0	11.0
	Spitäler Bauliche Investitionen (Sammelkonto)			8.0	6.5	20.4	27.0	20.7	5.9
Abwasser	ARA Birs 2 Ausbau	57.0	12.9	14.5	11.0	3.0			
	ARA F3 Ausbau Erhalt	31.0			0.1	0.5	1.0	10.0	10.0
	Mischwasserbehandlung Region Birstal	24.7	2.5	1.5	2.2		3.0		3.0
	Mischwasserbehandlung Vorderes Birsigtal	8.1						3.00	
JPMD	Polycom Sicherheitsfunknetz	13.4		3.5	6.5	3.4			
BKSD	Kantonales Sportzentrum	15.0					7.5	7.5	
	Sportstützpunkt St.Jakob	15.0				7.5			

* Spezialfinanzierte Projekte

7 Finanzierungssaldo und Verschuldung

Im Voranschlag 2007 resultiert ein Finanzierungssaldo von -19.9 Mio. Franken, welcher zu einer entsprechenden Neuverschuldung führt. Gemäss Finanzhaushaltsgesetz²⁰ ist dies der Rahmen, in welchem der Regierungsrat Staatsanleihen auflegen kann.

8 Finanzplan 2007 – 2010

Der vorliegende Finanzplan 2007 – 2010 basiert auf dem Stand des Budgets 2007 und auf der Annahme einer leicht abgeschwächten, aber weiterhin positiven wirtschaftlichen Entwicklung der Region. Dem Finanzplan, der rollend der jährlichen Entwicklung angepasst wird, ist ein ab 2007 leicht tieferes reales Wachstum der Wirtschaft pro Jahr zugrunde gelegt. Bei der Teuerung wird mittelfristig mit einem minimalen Anstieg auf 1.1% jährlich gerechnet.

Tabelle 12: Prognose der wirtschaftlichen Eckdaten für die Finanzplanperiode.

Wirtschaftliche Eckdaten	2007	2008	2009	2010
BIP real CH (%)	1.8	1.8	1.8	1.8
Teuerung (%)	1.0	1.1	1.1	1.1
Zinsen Kapitalmarkt (%)	2.8	3.8	4.1	4.1

Der Finanzplan gibt einen Überblick über die unbeeinflusste Entwicklung von Aufwand und Ertrag der Laufenden Rechnung sowie des geplanten Investitionsniveaus der kommenden vier Jahre. Das Budget 2007 ist das erste Jahr der Finanzplanperiode.

Im Finanzplan ist die finanzielle Entwicklung des Kantons auf dem Stand des heutigen Wissens möglichst realitätsnah abgebildet. Sowohl auf der Aufwand- als auch auf der Ertragsseite ist der Finanzplan jedoch mit zahlreichen Unsicherheiten verbunden. Dies gilt umso mehr, je weiter der Prognosezeitpunkt vom Zeitpunkt der Finanzplanerarbeitung entfernt liegt.

Im Finanzplan 2007-2010 wird von einem konstanten Volumen der Nettoinvestitionen von 115 Mio. Franken ausgegangen.

Der Finanzplan wird von folgenden wichtigen Prognosen und Entwicklungen determiniert:

- Ohne Berücksichtigung der Ertragsausfälle durch die geplante Unternehmenssteuerreform wird bei den Steuern ein kumuliertes Ertragswachstum von 110 Mio. Franken bis ins Jahr 2010 erwartet. Der Finanzplan geht von einer Umsetzung der Unternehmenssteuerreform mit einem Steuerausfall von 53 Mio. Franken im Jahre 2008 aus. Dem Finanzplan liegen demnach folgende Mehrerträge bei den Steuern zu Grunde: 2008: -19 Mio. Franken / 2009: 19 Mio. Franken / 2010: 57 Mio. Franken.
- Im Personalaufwand ist der Teuerungsausgleich auf der Basis der prognostizierten Teuerung (die Entlastung aus dem teilweisen Verzicht auf den vollen Teuerungsausgleich im Umfang von 0.5% entfällt ab 2008) sowie der jährliche Erfahrungsstufenanstieg miteinge-

²⁰ § 35 Absatz 1 Buchstabe f

rechnet. Teuerungsausgleich und Erfahrungsstufenanstieg führen in den Finanzplanjahren zu folgenden Mehraufwendungen gegenüber dem Basisjahr 2007: 2008: 25 Mio. Franken / 2009: 52 Mio. Franken / 2010: 79 Mio. Franken.

- Beim Anteil an der direkten Bundessteuer wird ein kumulierter Anstieg bis ins Jahr 2010 von 22 Mio. Franken prognostiziert.
- Im Sozialbereich (Beiträge an AHV/IV; Ergänzungsleistungen zu AHV/IV (netto), Prämienverbilligung (netto)) erwarten die zuständigen eidgenössischen und kantonalen Stellen steigende Mehraufwendungen von 21 Mio. Franken bis ins Jahr 2010.
- Der Finanzplan geht von einer Ablehnung der KOSA-Initiative und einem weiterhin ungeschmälernten Kantonsanteil am Gewinn der Schweizerischen Nationalbank aus.
- Der Finanzplan geht davon aus, dass die zweite Teilrevision des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung 2008 in Kraft treten wird. Dies führt zu einer nachhaltigen Mehrbelastung in den Finanzplanjahren von ca. 10 Mio. Franken.
- Die Mehraufwendungen aufgrund der geplanten Mitträgerschaft an der Universität Basel schlagen sich im Finanzplan wie folgt nieder: 2008: 3.9 Mio. Franken / 2009: 7.5 Mio. Franken. Demgegenüber ist mit dem Auslaufen der Anschubfinanzierung für das ETH-Institut für Systembiologie ab 2008 eine Entlastung von 5 Mio. Franken im Finanzplan eingerechnet.
- Im Finanzplan berücksichtigt sind ferner die finanziellen Auswirkungen von geplanten Vorhaben der Direktionen wie etwa (Liste nicht abschliessend):
 - Folgeplanung II der kantonalen Psychiatrischen Dienste
 - Umsetzung Internet an Sekundarschule I und Primarschulen
 - Informatik-Projekte ERP und KANADA
 - Euro 08
 - Investitionsbeiträge an BLT Linien 11 und 14.

Die im Finanzplan berücksichtigten Vorhaben sind nicht priorisiert. Die Priorisierung und Posteriorisierung wird jeweils im Rahmen des Budgetierungsprozesses für das jeweilige Budgetjahr vorgenommen. Mit den Vorhaben fliessen aber nicht nur die Aufwendungen von neuen Projekten in den Finanzplan ein, auch die finanzielle Entlastung des Kantons Haushaltes durch auslaufende oder beendete Vorhaben werden mitberücksichtigt. Solche Vorhaben, welche in der Finanzplanperiode auslaufen und die Aufwandseite entlasten sind etwa (Liste nicht abschliessend):

- Investitionsbeiträge an Depoterweiterung Hüslimatt
- Investitionsbeiträge an Regio S-Bahn
- Abnehmende Investitionsbeiträge an Alters- und Pflegeheime
- Neuuniformierung der Polizei.

Tabelle 13: Finanzplan 2007-2010.

in Mio. Fr.	R 2005	E2006	B 2007	F 2008	F 2009	F 2010
Aufwand						
Personalaufwand	893	922	940	966	992	1'022
Sachaufwand	274	284	293	308	312	315
Passivzinsen	37	36	36	37	36	34
Abschreibungen	395	141	131	201	127	129
Beiträge ohne Zweckbindung	85	99	87	88	86	89
Entschädigung an öffentl. Gemeinwesen	111	99	98	111	115	119
Eigene laufende Beiträge	785	853	923	908	926	941
Durchlaufende Beiträge	84	82	81	82	84	85
Einlagen in Spezialfinanzierung	392	5	22	23	23	24
Interne Verrechnungen	25	26	14	14	14	14
Total Aufwand	3'081	2'547	2'625	2'738	2'716	2'770
Ertrag						
Total Steuern	1'537	1'359	1'404	1'385	1'423	1'461
Regalien und Konzessionen	430	55	53	53	53	53
Vermögenserträge	68	82	86	87	89	90
Entgelte	453	437	449	457	465	474
Beiträge ohne Zweckbindung	110	131	134	140	152	156
Rückerstattungen	60	65	68	69	70	71
Laufende Beiträge	265	292	301	312	321	328
Durchlaufende Beiträge	83	82	81	82	84	85
Entnahmen aus Spezialfinanzierungen	82	1	31	69	1	1
Interne Verrechnungen	25	26	14	14	14	14
Total Ertrag	3'113	2'530	2'620	2'668	2'671	2'733
Zwischensaldo Saldo L. R.	32	-17	-6	-70	-45	-37
Restanzen GAP				0	0	3
Belastung durch NFA (Globalbilanz)				-15	-15	-15
Saldo Laufende Rechnung	32	-17	-6	-85	-60	-49
Abschreibungen Verwaltungsvermögen	358	112	102	172	98	100
Selbstfinanzierung	390	95	96	87	38	51
Netto Investitionen	158	112	116	115	115	115
Finanzierungssaldo	232	-17	-20	-28	-77	-64

- Mit dem Budget 2007 wurde die letzte Tranche der GAP-Massnahmen umgesetzt und das Projekt bis auf zwei Restanzen (fallorientierte Abgeltung in Spitälern, Überprüfung Neustrukturierung Sekundarschulkreise) abgeschlossen. Bei der Überprüfung der Sekundarschulkreise wird angenommen, dass die Entlastungen erst nach der Finanzplanperiode zu greifen beginnen. Die geplante Entlastung aus der fallorientierten Abgeltung in den Spitälern wird ab dem Jahr 2010 berücksichtigt.
- Ab 2008 führt der NFA zu einer dauerhaften Verschlechterung des Saldos der Laufenden Rechnung. Der NFA wird im Finanzplan pauschal in einer Position berücksichtigt. Gemäss aktualisierter Globalbilanz²¹ wird die Belastung des Kantonshaushaltes durch den NFA mit 15 Mio. Franken ausgewiesen. Diese Saldoverschlechterung wird über die Finanzplanperiode als konstant angenommen. Da die aktualisierte Globalbilanz auf den Daten des Jahres 2004 erstellt wurde, besteht hinsichtlich der Vorhersage der Belastung durch den NFA im Jahre 2008 eine entsprechende Unsicherheit.
- Die mit dem NFA vorgesehene entschädigungslose Übergabe der Nationalstrassen an den Bund wird 2008 ausserordentliche Abschreibungen von ca. 68 Mio. Franken verursachen. Die Finanzierung erfolgt durch Auflösung von Rückstellen, die zu diesem Zweck mit der Rechnung 2005 gebildet wurden. Somit kann die Übergabe der Nationalstrassen an den Bund im Jahr 2008 saldoneutral abgewickelt werden.

Der Finanzplan prognostiziert für 2008 ein Defizit von 85 Mio. Franken. Dabei schlagen die drei berücksichtigten Reformvorhaben (NFA, 2. KVG-Revision und Unternehmenssteuerreform) mit einer Saldoverschlechterung von 78 Mio. Franken zu Buche. Der resultierende Handlungsbedarf ist beträchtlich und es wird mit grossen Anstrengungen verbunden sein, die Konsolidierung des Kantonshaushaltes fortzusetzen. Es dürfte jedoch kaum möglich sein, diese zusätzliche Belastung kurzfristig innerhalb eines Jahres vollständig in der Laufenden Rechnung aufzufangen und mit dem Voranschlag 2008 die Serie der nahezu ausgeglichenen Budgets nahtlos fortzusetzen. Für das Budgetjahr 2008 ist daher damit zu rechnen, dass ein grösseres Defizit in Kauf genommen werden muss. Im Jahre 2009 ist nach derzeitigem Kenntnisstand eine leichte Verbesserung der finanziellen Perspektiven zu erwarten. Die Defizite bewegen sich jedoch immer noch im Bereich von 50-60 Mio. Franken. Die Einführung einer kantonalen Defizitbremse wird die Zielsetzung, den Finanzhaushalt ins Gleichgewicht zu bringen, nachhaltig unterstützen.

Die Erwartung für die Rechnung 2006 zeigt nach gegenwärtigem Kenntnisstand einen Saldo der Laufenden Rechnung von ca. -17 Mio. Franken. Der erwartete Saldo liegt somit um ca. 16 Mio. Franken unter dem budgetierten Saldo von -1.3 Mio. Franken.

²¹ Gemäss LRV betreffend Gesetz über die Umsetzung NFA und die Lastenverteilung auf Kanton und Gemeinden (seit 7. September 2006 in der Vernehmlassung).

9 Geänderte Leistungsaufträge

Parallel zum Budget 2007 haben die Landeskanzlei und die Direktionen ihre Leistungsaufträge überprüft und wo erforderlich geändert. Die geänderten und vom Regierungsrat genehmigten Leistungsaufträge werden dem Landrat hiermit zur Kenntnis gebracht.

Der Regierungsrat hat die geänderten Leistungsaufträge 2007 der nachfolgend aufgeführten Dienststellen der Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion, der Bau- und Umweltschuttdirektion sowie der Finanz- und Kirchendirektion genehmigt. Die Landeskanzlei, die Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion sowie die Justiz-, Polizei- und Militärdirektion haben auf 2007 keine Änderungen im Leistungsauftrag zu verzeichnen, die der Genehmigung des Regierungsrates bedürfen.

Übersicht über geänderte und vom Regierungsrat genehmigte Leistungsaufträge

Finanz- und Kirchendirektion

Da das Lohnbüro per 2006 von der Finanzverwaltung zum Personalamt gewechselt hat, war eine entsprechende Anpassung des Leistungsauftrags dieser beiden Dienststellen notwendig.

Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion

Es wurden die Leistungsaufträge des Forstamtes beider Basel und des Landwirtschaftlichen Zentrums Ebenrain geändert bzw. aktualisiert. Bei sämtlichen Änderungen handelt es sich um Anpassungen bereits bestehender Produkte resp. um eine aggregiertere Darstellung von Produktgruppen und Produkten ohne Ausweitung des Angebots.

Bau- und Umweltschuttdirektion

Die Bau- und Umweltschuttdirektion hat die Leistungsaufträge des Tiefbauamtes geändert. Aufgrund einer nachhaltigen Neuausrichtung des Unterhalts bei den Kantonsstrassen wurden die Standards angepasst.

10 Anträge

1. Dem Budget 2007 der Laufenden Rechnung mit einem Aufwand von 2'625.2 Mio. Franken (einschliesslich Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen von 101.8 Mio. Franken) und einem Ertrag von 2619.6 Mio. Franken, was einen Aufwandüberschuss von 5.6 Mio. Franken ergibt, wird zugestimmt.
2. Dem Investitionsbudget 2007 mit Ausgaben von 246.1 Mio. Franken und Einnahmen von 130.0 Mio. Franken, ergebend einen Ausgabenüberschuss von 116.1 Mio. Franken, wird zugestimmt.
3. Von der Gesamtrechnung, bestehend aus einem Aufwandüberschuss in der Laufenden Rechnung von 5.6 Mio. Franken, Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen von 101.8 Mio. Franken, einem Ausgabenüberschuss in der Investitionsrechnung von 116.1 Mio. Franken, was einen Finanzierungsbedarf von 19.9 Mio. Franken ergibt, wird Kenntnis genommen.
4. Dem Voranschlag 2007 der Stiftung Kirchen- und Schulgut wird zugestimmt.
6. Die geänderten Leistungsaufträge der Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion, der Bau- und Umweltschutzdirektion sowie der Finanz- und Kirchendirektion werden zur Kenntnis genommen. Gemäss § 4 Abs. 2 und § 5 Dekret zum Finanzhaushaltsgesetz wird diesen Dienststellen die Kreditverschiebungskompetenz erteilt.

Liestal, 12. September 2006

Im Namen des Regierungsrates

Der Präsident: Urs Wüthrich-Pelloli

Der Landschreiber: Walter Mundschin